

Hochschulzeitung

GEW Studis



» 4.000 Stellen fehlen an hessischen Hochschulen «

In dieser Ausgabe:

»Vom Jobticket bis zur Gesichtverhüllung«

»Die AfD zur Hochschulpolitik«

»Verfolgung von Wissenschaftler*innen in der Türkei«

Studierende – organisiert Euch!

Studieren und Mitglied der GEW sein, klingt irgendwie abwegig? Keineswegs. Die GEW bietet gewerkschaftlichen Rechtsschutz in studien- und prüfungsrelevanten Fragen, es gibt für dich eine Schlüsselversicherung, Berufshaftpflicht und vor allem eins: Einen schlagkräftigen Interessensverband für alle, die einen pädagogischen Beruf oder eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Bei uns hat das ehrenamtliche Engagement einen hohen Stellenwert. Wir sind demokratisch organisiert, ihr könnt aktiv mitbestimmen! Und das gefällt: Seit Jahren werden wir mehr. Um diesen Trend fortzusetzen und unsere Arbeit an den Hochschulen weiter zu verbessern, haben wir an den Hochschulen in Kassel, Fulda, Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt neue Kolleg*innen eingestellt, die mit euch gemeinsam Gewerkschaftspolitik machen! Also organisiert euch! Eintreten, kämpfen und mitgestalten.

Eure Ansprechpartner*innen vor Ort:

Philip Schmid | Darmstadt

hochschule@gew-suedhessen.de

Alexander Herold | Frankfurt

studierende-ffm@gew-hessen.de

Ina Jendriczka | Gießen

studierende-JLU@gew-hessen.de

Jonathan Schwarz | Marburg

studierende-MR@gew-hessen.de

Nina Ulbrich | Kassel und Fulda

nina.ulbrich@gew-nordhessen.de

Die landesweite Koordination der Hochschularbeit liegt bei Tobias Cepok tcepok@gew-hessen.de

4.000 Stellen fehlen an hessischen Hochschulen

An den hessischen Hochschulen fehlen zu Beginn des aktuellen Wintersemesters rund 4000 Vollzeitstellen, um die Qualität der Betreuung von Studierenden auf hohem Niveau sicherzustellen. Zu diesem Ergebnis kommt die GEW Hessen in ihren neuesten Berechnungen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes verschlechterten sich die Betreuungsrelationen an hessischen Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in den letzten Jahren schrittweise und lagen genau vor zehn Jahren letztmalig über dem bundesweiten Durchschnitt. Nun drohen sie sich nach Angaben der GEW weiter zu verschlechtern. Um wie viele Studierende sich ein*e Wissenschaftler*in im Seminar, in Sprechstunden oder in der Betreuung von Abschlussarbeiten kümmern muss, ist zentral für eine hohe Qualität der Lehre. Durch die mangelnde finanzielle Ausstattung der Hochschulen wird diese Qualität in Hessen auf Kosten der Studierenden aufs Spiel gesetzt. Die Studierendenzahlen werden auf absehbare Zeit auf dem aktuell hohen Niveau verbleiben oder steigen sogar aufgrund des vermehrten Studierwunsches junger Menschen und den Möglichkeiten für beruflich Qualifizierte ein Studium aufzunehmen weiter an. Darüber hinaus sieht die GEW Hessen zusätzlichen Bedarf aufgrund der Aufnahme von

Geflüchteten an den Hochschulen. Ein wichtiges Thema in den Schulen ist es, eine erfolgreiche Integration von Seiteneinsteiger*innen aus dem Ausland zu ermöglichen, da ist es ja nur logisch, dass diese Menschen irgendwann zu einem gewissen Teil auch ein Hochschulstudium aufnehmen werden.

Deshalb mahnt die GEW Hessen eindringlich, dauerhaft zusätzliches Personal für die Hochschullehre anzustellen. Der Mehrbedarf wird zurzeit vorwiegend durch Lehrbeauftragte gedeckt – das heißt kurzfristig, unsicher und bei einem realen Honorar oft unterhalb des Mindestlohns – einfach nur prekär. Infolgedessen ist ein neuer Rekordstand an Lehraufträgen bereits erreicht. So werden schätzungsweise in der Spitze 20 Prozent der Lehre an der Universität Kassel oder sogar 40 Prozent an der FRA-AUS von Lehrbeauftragten abgedeckt.

Die GEW Hessen fordert daher, dass die Hochschulen mittels einer Qualitätsoffensive für gute Lehre besser finanziell ausgestattet werden und somit deutlich mehr Personal langfristig beschäftigt werden kann. Lehre muss endlich wieder als vordringliche Aufgabe der Hochschulen wertgeschätzt werden.

Rückblick Tarifrunde 2017

Vom Jobticket bis zur Gesichtverhüllung

In den Tarifverhandlungen von GEW, ver.di und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit dem Land Hessen wurde am 3. März 2017 eine Einigung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen erzielt. Das Land Hessen war 2004 aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgetreten und verhandelt seitdem jeweils zeitnah zum Tarifvertrag der Länder einen eigenen Tarifvertrag.

Ähnlich wie im TV-L konnte eine prozentuale Entgelterhöhung in zwei Stufen (2,0% ab 1.3.2017 und nochmals 2,2% zum 1.2.2018) und eine soziale Komponente (Mindestserhöhung um 75 Euro) erzielt werden. Auch die Einführung einer allgemeinen Erfahrungsstufe 6, die es bisher nur für niedrige Entgeltgruppen gab, ist gelungen. Hiervon profitieren neben tarifbeschäftigten Lehrkräften und Akademiker*innen im Landesdienst insbesondere Landesangestellte im Berufsfeld der Sozialpädagogik. Damit wird einer langjährigen GEW-Forderung, Bereiche auch finanziell aufzuwerten, in denen vorrangig Frauen beschäftigt sind, nachgekommen.

Neben weiteren gewerkschaftlichen Forderungen, z.B. Zulagen für Auszubildende, wurden im Tarifvertrag auch einige „hessische Besonderheiten“ festgeschrieben. Zum einen konnte erstmals durch die Vereinbarung einer stufengleichen Höhergruppierung der bisherigen Praxis von ungerechtfertigten „Rückstufungen“ bei der Einordnung in eine höhere Entgeltgruppe und damit ein (zeitweisen) Verlust beim (Lebens-) Einkommen entgegengewirkt werden.

Zum anderen gilt ab 2018 die hessische Besonderheit einer Freifahrtberechtigung per Tarifvertrag aller Beschäftigten des Landes im Nah- und Regionalverkehr des Landes Hessen. Die Dienststelle hat bis Jahresende an alle Angestellten Ausweise ausgegeben, die in Verbindung mit einem gültigen Lichtbildausweis zur freien Fahrt im gesamten hessischen Nah- und Regionalverkehrs berechtigen. Auch das Problem der befristeten Arbeitsverhältnisse, insbesondere im Hochschulbereich, wurde thematisiert. Für wissenschaftliche Beschäftigte gehören Kettenverträge und kurze Vertragslaufzeiten zum Alltag. Überfüllte Seminare, schlechte



*Über 200 Kolleg*innen demonstrierten am 20. Juni 2017 für die hessenweite Freifahrtberechtigung und eine baldige Abschluss des Haustarifvertrages an der Goethe-Universität Frankfurt*

Betreuungsschlüssel und ständig wechselnde Ansprechpartner*innen für Studierende sind auch ein Resultat der Hessischen Personalpolitik. Im Gegensatz zum TV-L, in dem diese Problematisierung prekärer Beschäftigungsbedingungen und damit auch schlechter Lehr- und Studienbedingun-

gen von Arbeitgeberseite abgewehrt wurde, konnte in Hessen zumindest die Fortführung von Gesprächen zur Befristungspraxis im Hochschul- und Schulbereich vereinbart werden. Diese Gespräche werden im ersten Quartal 2018 wieder aufgenommen, ebenso an den „autonomen“ Universitäten.

Besonderheiten

Gesichtsverhüllung

Nach sehr kontroversen Debatten haben die Gewerkschaften einem Verbot zur Gesichtsverschleierung im Tarifvertrag zugestimmt. Demnach dürfen Beschäftigte ihr Gesicht im Dienst nicht verhüllen, außer es bestehen dienstliche Erfordernisse. Die GEW verharmlost nicht die Gefahren des politischen Islamismus. Nichtsdestotrotz bezweifelt die GEW Hessen die Rechtmäßigkeit dieses „Vollverschleierungsverbotes“. Es betrifft zwar keine Beschäftigten und hat in einem Tarifvertrag aus unserer Sicht nichts verloren, aber es gilt auch an allen Hochschulen. Dennoch verstehen Gewerkschaften und Arbeitgeber die Hochschule als weltoffenen Ort von Forschung und Lehre. Sie haben daher vereinbart, im Falle einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung, welche das tarifliche Verbot zur Gesichtsverhüllung als unzulässig betrachtet, unverzüglich Verhandlungen für eine neue Regelung aufzunehmen.



Über 2000 Teilnehmer kamen zum Warnstreik am 08.02.2017 nach Wiesbaden

Tarifeinigung an der Goethe-Universität und der Technischen Universität Darmstadt

Im Zuge der Hochschulautonomie der Universitäten in Darmstadt und Frankfurt werden im Nachgang zum TV-H eigene Haustarifverträge verhandelt. Am 11. September 2017 konnte die GEW Hessen gemeinsam mit ver.di an der Goethe-Universität Frankfurt ein Ergebnis bei den Verhandlungen erzielen. Der Tarifabschluss ließ so lange auf sich warten, da es bis zuletzt Streit zwischen den Tarifparteien um die Freifahrberechtigung für alle Tarifbeschäftigten an der Goethe-Universität Frankfurt und der TU-D gab. Da das Land Hessen zunächst keine Übernahme aller Kosten zusagte, erklärten sich die Leitungen nicht in der Lage, mit den Gewerkschaften ein solches Ticket zu vereinbaren.

Daraufhin hatten GEW und ver.di die Tarifverhandlungen unbefristet ausgesetzt. Die Aufnahme von Streikaktionen zum Wintersemester wurde erwogen. Das Land Hessen und die Leitungen haben sich auf ein Finanzierungsmodell geeinigt, nach dem z.B. die Goethe-Universität den Kostenanteil übernimmt, den sie bisher für das Jobticket aufwendet. Eine deutliche Ungleichbehandlung gegenüber den anderen hessischen Hochschulen, die alle Kosten erstattet bekommen.

DGB-Index Gute Arbeit an der TU-Darmstadt

Die Tarifvertragsparteien haben sich auf die gemeinsame Durchführung einer Mitarbeiter*innenbefragung für das Jahr 2018 verständigt. Diese wird insbesondere die Bereiche Führungskräfte und Befristungen abdecken, aber insgesamt die Qualität der Arbeitsbedingungen in den Blick nehmen. Grundlage wird der DGB-Index Gute Arbeit sein.

Tarifliche Regelung für Hilfskräfte – die Uni blockiert weiterhin

Uneinigkeit besteht nach wie vor über eine tarifliche Regelung für Hilfskräfte. Die Leitung der Goethe-Universität hatte die Gespräche über rechtsverbindliche Vereinbarungen zu den Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte im Februar 2016 einseitig abgebrochen.

Für die GEW Hessen ist dieser Punkt durch den Tarifabschluss 2017 nicht erledigt. Wir streiten weiter für bessere Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte. Am Rande der abschließenden Verhandlungsrunde am 11. September hat der Arbeitgeber erklärt, dass er sich an seine Selbstverpflichtung halten wird und die Gehälter der Hilfskräfte entsprechend der Erhöhungen der Tarifbeschäftigten rückwirkend zum 1. März 2017 entsprechend der Tarifeinigung anheben wird. Trotz aller Einschränkungen ein einmaliger Erfolg in der Bundesrepublik!

Kein Raum für genderfeindliche und homophobe Äußerungen an Universitäten

Ein Arbeits- und Bildungsumfeld, das Schutz vor Diskriminierung bietet, sollte eine Selbstverständlichkeit darstellen. Ein solcher geschützter Raum, in dem sich alle Studierenden und Mitarbeiter*innen akzeptiert und wertgeschätzt fühlen, wird an der Universität Kassel massiv gefährdet.

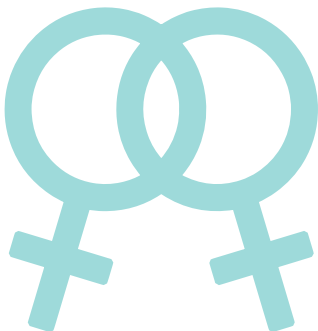
Prof. Dr. Ulrich Kutschera, Inhaber des Lehrstuhls Pflanzenphysiologie und Evolutionsbiologie an der Universität Kassel, äußerte sich mehrfach in der Öffentlichkeit zu Genderfragen, Homosexualität und Kindern in Regenbogenfamilien. Hierbei vertrat er Positionen, in denen er beispielsweise die Genderforschung als „(...) eine feministische Sekte, die uns da ihren Unsinn aufdrückt (...)“ und Homosexualität als eine „Falschpolung“ bezeichnet. Die Einführung der „Ehe für alle“ ist für

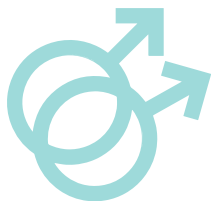
Kutschera eine „widersinnige Entscheidung“ welche seiner Meinung nach zu „staatlich geförderter Pädophilie und schwersten Kindesmissbrauch“ führt. Dies sind nur einige Beispiele für sehr verletzend, erniedrigend, unwissenschaftliche und gefährliche Behauptungen aus Interviews mit Herrn Prof. Dr. Kutschera.

Diese öffentlich bestimmte Personengruppen diffamierenden Aussagen verletzen die Würde einer nicht unbedeutenden Zahl von Studierenden und Mitarbeitenden. Durch seine oben zitierten Ausführungen wird ein Umfeld geschaffen, das dem Prinzip einer weltoffenen und diskriminierungsfreien Universität deutlich entgegensteht.

Der Präsident der Universität Kassel Prof. Dr. Finkeldey äußerte sich zu den kritischen Stimmen, die in mehreren Medien über den Fall Kutschera berichteten, wie folgt:

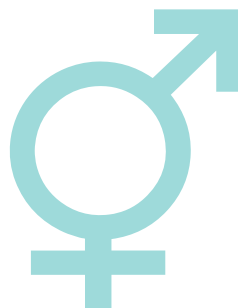
„Mich haben in den letzten Tagen viele kritische bis zum Teil entsetzte Reaktionen erreicht, die ich nur allzu gut nachvollziehen kann. Von Mitgliedern der Universität sollen keine Äußerungen gemacht werden, von denen sich Menschen verletzt und abgewertet fühlen.“





Im weiteren Text auf der Homepage der Universität Kassel wird jedoch auf die „Meinungsfreiheit“ und die noch weiterreichenden „Freiheit der Wissenschaft“ verwiesen, nach der die Hochschulleitung auch Äußerungen hinnehmen muss, die im Widerspruch zu eigenen Positionen stehen. Der Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels (SPD) vertritt hierzu eine andere Ansicht, er äußerte im Juli auf Twitter, dass er die Aussagen von Prof. Dr. Kutschera keinesfalls als durch die Wissenschaftsfreiheit gedeckt ansieht, sondern, dass diese gegen Art. 1 des Grundgesetzes verstoßen und die Menschenwürde verletzen. Ähnlich positionierte sich auch der ASTa der Universität Kassel in einem offenen Brief, dem sich auch der Regionalverband Hochschule und Forschung der GEW Nordhessen anschloss. In diesem wurde vor allem auf die „Richtlinie zum Schutz vor sexueller Belästigung, sexueller Diskriminierung und sexueller Gewalt“ der Universität Kassel Bezug genommen und ein Verstoß gegen diese festgestellt. Der ASTa forderte im entsprechenden Brief die Universität Kassel auf die in den Richtlinien § 6 verankerten Maßnahmen des Disziplinarverfahrens und des Ausschlusses von Lehrveranstaltungen in Erwägung zu ziehen.

Gerade auch im Kontext eines erstarrenden Rechtspopulismus, der einhergeht mit genderfeindlichen und diskriminierenden Tendenzen, scheint es wichtig, dass öffentliche Institutionen klare Stellung beziehen. Werden Richtlinien gegen Diskriminierung, wie die oben erwähnte, ernst genommen, müssen Hochschulen und andere Institutionen sich nicht nur distanzieren, sondern Fälle wie der beschriebene sind deutlich zu verfolgen. Es sind alle Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die verhindern können, dass Positionen denen eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu Grunde liegt Raum gegeben wird.





Elite, Patriarchat, Ausschluss Die AfD zur Hochschulpolitik

Während die AfD öffentlichkeitswirksam Stimmung macht gegen Geflüchtete, bleiben andere Forderungen der so genannten „Alternative für Deutschland“ eher unberücksichtigt. Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fanden sich dann auch nur einige, wenige Hinweise zu den Vorstellungen der AfD zur Hochschulpolitik.

Zu Beginn steht ein nicht weiter definiertes Bekenntnis zum „Humboldt-schen Bildungsideal“ und der „Freiheit von Forschung und Lehre“. Sonst steht die AfD für die Rückkehr zum „deutschen Diplom“, einer sozialen Schließung der Hochschulen und die weitere Elitenförderung. Der Kernpunkt ihrer hoch-

schulpolitischen Forderungen ist die Abschaffung der Fortschritte der Frauenbewegung an den Hochschulen: Kein Gendermainstreaming, weg mit Frauenquoten und Abschaffung der Genderforschung. Besonders in diesem Punkt offenbart sich ihre antidemokratische und sexistische Positionierung. Auch praktisch hat sie in Hessen diese Positionen durch gemeinsame Veranstaltungen mit Prof. Dr. Ulrich Kutschera aus Kassel unterstrichen, der den vermeintlichen „Genderwahnsinn“ kritisiert. Weiterführend passte dazu auch ein großflächig verteilter Flyer der Jungen Alternative Frankfurt, der dazu aufrief, vermeintlich „linke“ Dozent*innen zu denunzieren und der AfD namentlich zu melden. Wir haben als GEW die Kritik



an Ulrich Kutschera aktiv unterstützt und mitgeholfen, diesen Frankfurter Flyer möglichst komplett wieder einzusammeln und seinem Bestimmungsort im Papiermüll zuzuführen. Aber für eine umfassende, gesellschaftspoli-

tische Antwort auf die erstarkte Rechte braucht es eine entschiedene und auch neue Antwort der Gewerkschaften. Die GEW Hessen bezieht eine klare Position in dieser Auseinandersetzung.

Auszug aus dem Gewerkschaftstagbeschluss vom November 2017 zum Umgang mit der AfD:

„Die GEW Hessen betrachtet den Aufstieg rechter Ideologie und nationalistischer bis (neo)faschistischer Parteien, allen voran der AfD auch in Hessen, mit größter Sorge und tritt dieser Entwicklung entschieden entgegen. Neurechte Gruppierungen und andere Organisationen der Rechten vertreten nicht nur eine äußerst reaktionäre, rechte Politik, bedienen und befeuern in ihrem politischen Handeln gefährliche Ressentiments, sie stehen auch programmatisch sämtlichen Zielen und Aufgaben der GEW diametral entgegen.[...] Entsprechend wird die GEW Hessen sich an keinem Podium mit diesen (insb. auch der AfD) beteiligen, diese nicht einladen und wiederum auch keine Einladungen von ihren Seiten annehmen.“ Weiter benennen wir konkrete Maßnahmen, wie die Stärkung der Demokratiepädagogik, einen Fachtag zum Umgang in Schule und Unterricht, Solidaritätsarbeit und einiges mehr.“

Nachlesen unter www.gew-hessen.de/aktuell/themen/ldv-2017

Entlassene Wissenschaftler*innen gründen „Straßen-Akademie“

Spätestens seit dem Putschversuch ist klar, wie es um die akademische Freiheit in der Türkei steht. Mit einer Entlassungswelle per Notstandsdekret wurden nicht nur vermeintliche Gülen-Anhänger*innen aus dem Dienst entlassen, sondern vor allem kritische Akademiker*innen. Betroffen sind auch viele Professor*innen der renommiertesten Universitäten der Türkei. Unter diesen Bedingungen ist selbstbestimmtes Forschen, Lehren und Lernen kaum noch vorstellbar. Während viele türkische Wissenschaftler*innen verzweifelt versuchen das Land zu verlassen, haben einige Universitätsprofessor*innen, Lehrer*innen und Beamt*innen im Dezember 2016 beschlossen, die Sokak akademisi – eine „Straßenaka-

demie“ zu gründen. Organisiert über die Lehrgewerkschaft „Egitim-Sen“, treffen sie sich alle zwei Wochen und halten ihre Vorlesungen in Parks und auf öffentlichen Plätzen, Stichpunkte notieren sie auf Klapptafeln. Viele der Wissenschaftler*innen kommen aus den liberalen Geistes- und Sozialwissenschaften, sie haben als regierungskritische Stimmen am meisten unter den Entlassungen gelitten. In den angebotenen Seminaren geht es meist um politisch aktuelle Themen. Ziel der Straßen-Akademiker*innen sei es nicht nur ehemalige Studierende zu erreichen, sondern auch Arbeiter*innen ohne akademisches Vorwissen. Mittlerweile entstehen mehrere dieser alternativen Universitäten im ganzen Land.



Aktiv werden und solidarisieren!

Die GEW baut über internationale Gewerkschaftsnetzwerke politischen Druck auf, um die türkische Regierung zu einem veränderten Handeln zu drängen. Auch finanzielle Unterstützung und Gewährung von Rechtsbeistand sind wichtige Teile der globalen Gewerkschaftsarbeit. Sie werden über die Bildungsinternationale sowie den Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW organisiert.

Zudem unterstützt die GEW Kolleg*innen, die gezwungen waren, die Türkei zu verlassen und nun in Deutschland Fuß fassen. Dazu braucht es Austausch und Vernetzung mit vielen relevanten Akteuren, wie beispielsweise in einem Workshop an der Uni Kassel und auf der bundesweiten Berufsverbote-Konferenz am 28. Oktober 2017 durch die GEW initiiert. Auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen vom 2. bis 4. November sprachen die Eğitim Sen Kolleginnen Dilek Çolak und Meryem Çağ über die aktuellen Konflikte in der Türkei und die Frage, wie wir sie in ihren Kämpfen um politische Freiheit, eine solidarische Gesellschaft und die Einhaltung von grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechten unterstützen können.

Du möchtest dich auch engagieren und suchst nach Initiativen in deiner Region/an deiner Hochschule? Schau einfach mal auf der Homepage der GEW-Hessen vorbei oder schreibe eine E-mail an nina.ulbrich@gew-nordhessen.de.

Noch heute vom Sofa oder Schreibtisch aus aktiv werden:

Kurzfilm über das politische Engagement von Sakine Yilmaz und ihre Flucht anschauen und teilen: Youtube: „Die Reise von Sakine Yilmaz“

Spende für den Rechtsbeistand von verfolgten Eğitim Sen Mitgliedern und die Fortführung der Straßenakademien:

Solidarity Fund der Bildungsinternationalen, Stichwort „Urgent Action Turkey“:

www.ei-ie.org/en/detail_page/4652/solidarity-fund

Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW:

www.gew.de/internationales/heinrich-rodenstein-fonds/

Spread the word: neue Homepage der Academics of Peace in Germany!

afp.hypotheses.org

Einsatzgebiet Klassenzimmer

Bundeswehr an den Schulen

Marburg, der 28. Juni 2017: An der Sophie-von-Brabant Schule (Uferstraße) ergibt sich ein eigenartiges Bild. Auf dem regnerischen Schulhof steht etwas ratlos ein Jugendoffizier der Bundeswehr, samt Ausrüstung. Heute wäre eigentlich Gelegenheit, den durch den freiwilligen Wehrdienst geschuldeten Rekrut*innenmangel durch die gezielte Ansprache von Schüler*innen entgegenzuwirken. Leider stellte sich heraus, dass das Oberstufen-Zielpersonal schon außer Dienst war – bedingt durch abgeschlossene Abiturprüfungen haben sie den Tag frei bekommen. Ob dieses Missverständnis auf ein Versehen der Verwaltung, mangelnder schulinterner Kommunikation oder auf einen subversiven Akt seitens des Schulpersonals zurückzuführen ist, kann nicht mehr festgestellt werden. Eine andere ebenfalls auf dem Schulhof verloren wirkende Partei hatte dagegen klammheimlichen Grund zur Freude: Aktivist*innen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinte Kriegsgegner*innen (DFG-VK) hatten vor, mit pazifistischen Flyern und Broschüren Gegenaufklärung zu betreiben. Den Regen nahmen sie gegen den enttäuschten Blick des Jugendoffiziers gerne in Kauf.

Ziel: Anwerbung von Jugendlichen

Die Bundeswehr erreicht jährlich ca. 265.000 Schüler*innen in 8100 Vorträgen. Sicherlich ist eine direkte Anwerbung von Schüler*innen durch das Militär in einem demokratischen Rechtsstaat untersagt; die Kultusministerien der Länder müssen also auf bildungspolitische Feigenblätter zurückgreifen, um ein Besuch von Jugendoffizier*innen in Klassenzimmern zu legitimieren: „In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es (...) in zunehmendem Maße einer reflektierten und kritischen Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik (...). Jugendoffizier*innen der Bundeswehr informieren im Rahmen schulischer Veranstaltungen über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die damit zusammenhängenden Aufgabenstellungen der Bundeswehr.“ Dieser Trick legitimiert, dass ganze Schulstunden von der Bundeswehr durchgeführt und Klassenausflüge in Kasernen organisiert werden. Wer an einer solchen „Bildungsveranstaltung“ teilgenommen hat, weiß, dass die Bundeswehr sich in einem modernen, ansprechenden und möglichst coolen Gewand zeigt.

Schüler*innen soll mehr oder minder direkt aufgezeigt werden, wie toll eine Karriere in der Armee sein kann. Bei den Schuleinsätzen geht es ihr also um zwei grundlegende Dinge: Zum einen braucht sie neuen Nachwuchs für die immer umfangreicheren Auslandseinsätze, zum anderen muss die Bevölkerung für ebendiese auf Kurs gebracht werden.

Was tun?

Der Einsatz der Bundeswehr in Klassenzimmern bleibt nicht unwidersprochen. Die DFG-VK und die GEW bieten Lehrkräften Informationsmaterial und Ressourcen, die helfen, den Besuch eines Jugendoffiziers in ihren Klassen zu verhindern oder zumindest durch eine friedensbasierte Aufklärung einzudämmen. Politisch aktive Schüler*innenvertretungen mobilisieren gegen entsprechende Besuche, in den Parlamenten machen die Linksfraktionen Druck, entsprechende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr wieder aufzukündigen.

Lehrkräfte können wiederum die Anwesenheitspflicht der Schüler*innen (zumindest informell) aussetzen - Niemand darf zur Teilnahme und Durchführung einer Veranstaltung mit Bundeswehrangehörigen gezwungen werden.

Die Position der Bildungsgewerkschaft ist deutlich: „Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab

und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldat*innen. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Wo dies jedoch Fall ist, muss die Schulaufsicht entsprechend informiert und tätig werden sowie bei der Bundeswehr Beschwerde einlegen.“

Weitere Infos:

www.imi-online.de

www.gew.de

www.dfg-vk.de

Was machen die Vertreter*innen der GEW im Senat?

Der Senat ist das zentrale Gremium der akademischen Selbstverwaltung und ihm gehören Vertreter*innen aller Statusgruppen – wenn auch in unterschiedlicher Zahl – an. Stimmberechtigt im Senat sind an Universitäten neun Vertreter*innen der Professor*innen, drei Studierende, drei wissenschaftliche Mitglieder und zwei administrativ-technische Mitglieder. Daneben gehören dem Senat noch verschiedene beratende Mitglieder, wie das Präsidium, die Frauenbeauftragte oder die Vertreter*innen des AstA, an. Die wichtigsten Zuständigkeiten sind im Hessischen Hochschulgesetz geregelt. Dazu gehören die Wahl der Präsidiumsmitglieder sowie die Beschlussfassung über die Grundordnung und andere Satzungen, die Forschung, Lehre und Studium betreffen. Der Senat nimmt Stellung zum Budgetplan, zur internen Gliederung und entscheidet über die Schwerpunkte der Hochschule in Forschung und Lehre mit. Bei vielen dieser Aufgaben hat der Senat gemäß des Hessischen Hochschulgesetzes nur das Recht zur Stellungnahme oder zur Mitwirkung – wichtig ist daher auch, wie an der jeweiligen Hochschule die genaue Mitwirkung des Senats ausgestaltet und gelebt wird. An der Philipps-Universität Marburg ist die Arbeit des Senats durch die Grundordnung näher geregelt. Diese sieht z.B. die Einrichtung eines Ältestenrates vor, der es den unterschiedlichen Statusgruppen ermöglicht, leichter Themen auf die

Agenda des Senats zu setzen. Der Senat ist für alle Statusgruppen ein zentrales Gremium, da hier die Mitwirkung an den zentralen organisatorischen, strukturellen und strategischen Entwicklungen der Hochschule ermöglicht wird. Für die wissenschaftlichen Mitglieder im Senat tritt die gemeinsame gewerkschaftliche Liste von GEW und ver.di zu den Senatswahlen an und nimmt regelmäßig mehrere Sitze in Senat & Kommissionen wahr. In der Senatsliste engagieren sich befristet und unbefristet Beschäftigte, bei regelmäßigen Listentreffen werden die aktuellen Themen der Senatsarbeit diskutiert und vorbereitet. Informationen beispielsweise zur Arbeit der Senatsliste an der Universität Marburg sind zu finden unter: www.uni-marburg.de/personal-listen/gew-verdi.

Trotz der Einschränkung in den Befugnissen des Senats und der Mehrheitsverhältnisse können wichtige Anstöße gegeben werden und Verbesserungen für die Situation von Studierenden und Beschäftigten erzielt werden. Wichtige Beispiele aus der Arbeit der letzten Jahre sind der Leitfaden für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, der Ende 2014 im Senat verabschiedet wurde oder die Befristungsleitlinie von 2016, die trotz einiger kritischer Punkte echte Verbesserungen für die Beschäftigten der Philipps-Universität bedeutet. Gerade das erste Beispiel verdeutlicht aber auch, dass die Gre-



Bereits 1967 protestierten Studierende gegen die Macht der Professorenschaft, die bis heute die gerichtlich garantierte Mehrheit in allen Gremien der Hochschulen inne haben. (Bild:wikipedia)

mienarbeit im Senat allein selten ausreicht, um positive Veränderungen in der Hochschule zu bewirken. Der Leitfaden wurde erst durch die lange und intensive Arbeit sowie den öffentlichen Druck der Marburger Hilfskraftinitiative ermöglicht. Gewerkschaftliche Interessenvertretung an der Hochschule ist dementsprechend deutlich mehr als reine Gremienarbeit und funktioniert am besten in solidarischer Zusammenarbeit der unterschiedlichen Statusgruppen.

Neben den bekannten Arbeitsfeldern, die auch in einer breiteren universitären Öffentlichkeit diskutiert werden, findet ein großer Teil der Arbeit des Senats und seiner verschiedenen Kommissionen und Ausschüsse eher im Verborgenen statt. Aber gerade hier investieren die Vertreter*innen der Statusgruppen einen erheblichen und auch sehr wichtigen Teil ihrer Arbeit. So werden beispielsweise alle Änderungen an Studien- und Prüfungsordnun-

gen und den vielen anderen Satzungen und Ordnungen in diesen Gremien behandelt. Dabei steckt der Teufel sprichwörtlich im Detail und durch kluge Änderungsanträge konnten hier schon einige Verbesserungen für das Studium, die Förderung von Wissenschaftler*innen in Qualifizierung und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten erzielt werden.

Die Senatsliste in Marburg trifft sich jeden Dienstag vor der Senatssitzung um 18 Uhr im Café Rotkehlchen. Interessierte und Sympathisant*innen sind uns stets sehr willkommen!

Neben der Universität Marburg sind wir aktuell in den Senaten der Universität Kassel und Universität Frankfurt vertreten. Die Kolleg*innen an der Goethe-Uni treffen sich regelmäßig jeden ersten Freitag im Monat im PEG im 2. Stock. Mehr Infos zur Kasseler Senatsliste gibt's hier: www.gew-nordhessen.de/hochschule

Buchvorstellung

„Reiseführer für die Unikarriere – zwischen Schlangengrube und Wissenschaftsoase“

Studieren & Promovieren: Auf was gilt es zu achten?

Insider-Tipps für die Uni-Karriere: Wer eine Laufbahn an der Hochschule einschlagen möchte, fühlt sich oft hilflos und überfordert. Astrid Kaiser bietet mit ihrem Ratgeber einen nützlichen Reiseführer, der ironisch-kritisch wertvolle Ratschläge für die Karriere im Hochschulbetrieb bereitstellt.

Donnerstag, den 25. Januar 2018 | 18 Uhr

Lern- und Forschungswerkstatt am Pilgrimstein 2
35032 Marburg

Mehr Informationen zu den GEW & Promotion findet ihr hier:

www.gew.de/wissenschaft/promotion

4. Veranstaltung der GEW Hessen zur Ökonomisierungskritik

„Vom (Un)sinn ökonomisierter Bildung“

Die Strategien und Maßnahmen zur „Ökonomisierung & Entdemokratisierung des Bildungswesens“ haben wir bereits in drei Vortragsreihen aufgezeigt und angeprangert, sowie die dabei hauptsächlich angewandten Methoden (z.B. Bildungsstandards und Kompetenzorientierung) kritisch analysiert.

Samstag, den 17. Februar 2018 | 9:30 bis 17:30 Uhr

DGB-Haus Frankfurt (großer Saal)
Wilhelm-Leuschner Straße 69-77
60327 Frankfurt am Main

Mehr Informationen zur Veranstaltung findet ihr hier:

www.lea-bildung.de/vom-un-sinn-oekonomisierter-bildung

Das verdienen Hilfskräfte an hessischen Hochschulen

Wir haben Euch aufgelistet, wo ihr als Hilfskraft wie viel verdient. Anmerkung: Nicht inbegriffen ist gegebenenfalls die Zahlung von Weihnachtsgeld oder sonstiger Leistungen

	Studentische Hilfskräfte	Fortgeschrittene stud. Hilfskräfte in den nicht-gestuft-ten Staatsexamenstudiengängen ab dem 7.Semester nach erfolgreicher Zwischenprüfung	Studentische Hilfskräfte mit erstem Abschluss	Wissenschaftliche Hilfskräfte
Technische Universität Darmstadt	9,50€		11,50€	15,00€
Goethe-Universität Frankfurt	9,69€		11,20€	14,99€
Justus-Liebig-Universität Gießen	9,45€	10,50€	11,03€	14,70€
Universität Kassel	9,00€		10,50€	14,00€
Philipps-Universität Marburg	10,00€		11,50€	15,30€
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	8,93€		10,50€	
Hochschule für Gestaltung	8,84€			13,45€
Hochschule Geisenheim	8,84€		11,00€	14,00€
Hochschule Darmstadt	11,00€			15,00€
Frankfurt University of Applied Sciences	9,00€			11,00€
Hochschule Fulda	9,00€		11,00€	13,00€
Technische Hochschule Mittelhessen	10,00€		15,53 € - 17,90 € (Stand Mai 2016)	
Hochschule Rhein-Main	11,60€		14,00 € (Stand Mai 2016)	19,00 € (Stand Mai 2016)

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Redaktion und Mitarbeit:

Emin Günaydin, Friedrike Thole, Nina Ulbrich, Tobias Cepok,
Philipp Ofenloch, Jonathan Schwarz, Ulrich Märtin

Grafik & Satz: Joyce Abrahams
Druck: gruendruck.de



Dezember 2017